

Thomas Rübke

Bürgerschaftliches Engagement – Vom Ich zum Wir

Rede anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Bürgeraktion Pfersee Schlössle e.V.

Liebe Pferseer,

zunächst vielen Dank für die herzliche Einladung, die mich wirklich überraschend erreicht hat. Bislang habe ich leider keine persönliche Beziehung zu und in Pfersee aufbauen können, aber das wird sich hoffentlich heute Abend ändern. Um meinerseits den ersten Schritt zu wagen, möchte ich kurz vorstellen, was mich doch vielleicht zu einem interessanten Gesprächspartner machen könnte und dabei zugleich in unser gemeinsames Anliegen, nämlich das Bürgerschaftliche Engagement, einführen. Seit vielen Jahren engagiere ich mich nicht nur selbst ehrenamtlich, sondern überlege mir Formen und Möglichkeiten, Bürgerschaftliches Engagement durch gesellschaftliche und politische Strukturverbesserungen und -veränderungen zu fördern. Natürlich lernt man da von den „Meistern“. Mein Mentor und väterlicher Freund war und ist Hermann Glaser, der in Nürnberg schon vor gut vier Jahrzehnten, in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wie die Historiker heute sagen, als Kulturreferent viele Veränderungen mit seinem Ruf nach einem „Bürgerrecht Kultur“ anstieß. Kunst und Kultur sollten nicht nur in den Musentempeln stattfinden, sondern für alle da sein, also nicht nur in den Theatern und Museen ihren Ort haben, sondern auch in der lokalen Öffentlichkeit der Stadtteile. Viele Kulturläden sind seither in Nürnberg entstanden. Sie lehnten sich begrifflich ganz bewusst an die alten „Tante-Emma-Läden“ an, die damals ihren letzten Schnaufer taten, bevor sie von den autogerechten Supermärkten und Shoppingmalls überrollt wurden. Diese Kulturläden sollten ein Treffpunkt der Bürger sein: Mit Lernkursen und als Veranstaltungsort, vor allem aber als Möglichkeit der Bürgerbeteiligung am Stadtleben, als Kristallisationspunkt der Vereine und Bürgerinitiativen, als Diskussionsforum im Quartier mit Einfluss auf die Stadtpolitik. Wie vital diese Einrichtungen noch heute sind, konnte man daran erkennen, dass die Kommunalpolitiker in ihrer Suche nach Einsparpotentialen es vor zwei Jahren auch hier mal versuchten und auf einen so ungeahnt großen Bürgerprotest stießen, dass sie seither die Finger davon lassen.

Wie das so ist, lernte ich erst mit der Zeit über die kulturellen Ressortschranken hinaus erkennen, dass sich auch in anderen Bereichen vieles mit ähnlichen Absichten bewegte: Ich denke, dass ihr nun 20 Jahre alter Bürgerverein auch diesem Geist mit entsprungen ist: Bürger werden initiativ, sie beteiligen sich an den Angelegenheiten und Entwicklungen ihres

Viertels, ihrer Stadt. Aber auch im sozialen Bereich, in der Ökologie, in der Politik, im Gesundheitsbereich haben sich viele Menschen aufgemacht, um neue bürgerschaftliche Elemente in unsere Gesellschaft zu tragen. Heute spricht man gerne von einer Bürgergesellschaft. Das klingt wie ein Pleonasmus, wie ein weißer Schimmel: Natürlich ist eine Gesellschaft eine Ansammlung von Bürgern. Aber es war damals die Überzeugung – und ich teile sie auch noch heute –, dass eine Ansammlung von Bürgern noch lange keine Gemeinschaft von Bürgern ist. Jede Gesellschaft hat nicht nur ihre eigene Wirklichkeit, sondern auch noch einen Traum von sich, und dieser Traum speist sich auch aus Urbildern. Eines der wichtigsten ist die klassische Stadt, die griechische Polis. Ein Vorbild, zugegeben mit Macken und Flecken, denn es gab damals in Griechenland die Sklaverei, und den Frauen hat der große Philosoph Aristoteles auch nur eine halbe Seele und vor allem kein Stimmrecht in den Bürgerversammlungen zugestanden. Aber es verbindet sich mit der Polis die Utopie einer Gesellschaft, in der die Bürger ihre Geschicke selbst in der Hand haben, verantwortlich und bestimmend, also – um einen weiteren großen Philosophen zu zitieren, nämlich Kant – zugleich Mitglied und Oberhaupt in einer Gemeinschaft von Gleichen sein können.

Bürgergesellschaft und Stadtentwicklung sind also innig miteinander verbunden. Beides kann sich gegenseitig hemmen oder anstacheln. In seinem Roman „Die unsichtbaren Städte“ hat Italo Calvino verschiedene imaginäre Städte vorgeschallt, die er schließlich in zwei Arten einteilt: „Jene, die über Jahre und Veränderungen hinweg, den Wünschen stets ihre Gestalt geben, und jene, wo die Wünsche entweder die Stadt auszulöschen vermögen oder von ihr ausgelöscht werden.“

Ja auch diese Wirklichkeit gibt es: Die Auslöschung der Stadt durch die Wünsche. In den 1960er und 1970er Jahren war es für uns der Wunsch vieler Stadtplaner nach der autogerechten, voll durchfunktionalisierten Stadt, der das urbane Leben fast erstickte. Die Straße oder der Platz waren nicht mehr die Treffpunkte der Menschen und die Kristallisationspunkte der Öffentlichkeit, sondern nur mehr die Adern, durch die der Individualverkehr pulsieren sollte. Gegen diese Unwirtlichkeit der Städte, wie sie Alexander Mitscherlich nannte, galt es Einspruch zu erheben, ein Einspruch, der auch heute noch nicht ganz überflüssig geworden ist, obwohl sich vieles zum Besseren gewandt hat.

Und dennoch bleibt nicht wenig zu tun, das die Aufmerksamkeit, die Mitarbeit und manchmal sogar den Protest benötigt, um sich zum Besseren zu wenden. Auch heute noch besteht Gefahr, dass die Stadt zur Profitopolis wird, die der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith 1971 vor dem Deutschen Städtetag beschwor. Eine Stadt, die nur von Kommerz

und Gewinn bestimmt ist, die Menschen zu bloßen Konsumenten degradiert, die in Einkaufsmeilen einkaufen, in Vergnügungsvierteln sich vergnügen, in Schlafstädten schlafen, in Fabriken und Dienstleistungszentren arbeiten. Dann ist die Stadt kein Ort mehr für Muße, für Begegnung, für Flanieren, sondern sie hetzt sich selbst gleichsam zu Tode.

Diese Ideen von Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben galt es damals also durchzubuchstabieren in einer Umwelt, die als „entfremdet“ bezeichnet wurde, ein heute im Zeitalter der Globalisierung sehr altertümliches Wort. Aber wir waren damals der Meinung, dass in der politischen, sozialen und kulturellen Lebenswelt sozusagen die Tische und Stühle nicht richtig standen und die Wände falsch eingezogen waren. Also bedurfte es einer Art gesellschaftspolitischer Feng Shui, um die Möbel richtig zu rücken.

Beim Öffnen eingezogener Wände – um im Bild zu bleiben – habe ich auch viel von einem umtriebigen Augsburgener gelernt, der jetzt wieder heimgekehrt zu sein scheint. Konrad Hummel schrieb 1988 das Buch „Öffnet die Altenheime“ und legte damit das Augenmerk auf eine Institution, die außerhalb des Blickfeld der emanzipationsgewillten Zeitgenossen lag. Über Altenheime zu reden war in den jugendbewegten Zeiten nicht gerade der Hit. Mich hat das Buch damals aus persönlichen Gründen sehr angesprochen. Ich bin nämlich als Kind eines Heimleiterhepaares einer der wohl wenigen Menschen, die in einem Altersheim groß geworden sind – mit der zugegebenermaßen paradiesischen Aussicht, von 200 potentiellen Tanten und Onkeln Bonbons und andere Leckereien zugesteckt zu bekommen. Meine unmittelbare Lebenserfahrung fand ich bei Hummel reflektiert und zugespitzt. Als ich in den späten 50er und 60er Jahren heranwuchs war das Altenheim völlig anders als zu der Zeit, in der ich von zuhause fortzog. Die Heimbewohnerschaft hatte, sofern sie rüstig war, früher viel selbst mitgearbeitet, beim Unkrautjäten im Garten, beim gemeinsamen Kartoffelschälen in der Küche, ja selbst in der Lohnbuchhaltung. Das Heim war ein wahrhaftiges Sammelsurium von Menschen verschiedenster Herkunft: Spätheimkehrer aus Russland, Menschen aus der Heil- und Pflegeanstalt, die minderschweren Fälle, wie man damals sagte, Flüchtlinge, die in der neuen Bundesrepublik nicht mehr Fuß fassen konnten, mischten sich mit den sehr rüstigen „normalen“ Heimbewohnern, von denen damals sehr viele nur Mindestrenten bezogen. Das Dorf, in dem das Heim liegt, war vielfältig mit ihm verbunden. Die Dorffrauen verdienten ihr Geld als Wäscherinnen, Pflegepersonal oder in der Küche, die ortsansässigen Betriebe waren bei jeder Baumaßnahme selbstverständlich dabei, der Pfarrer des Ortes und der Arzt hielten ihre Andachtszeiten und Sprechstunden, selbst der Friseur des Dorfes kam jeden Mittwoch, um den älteren Damen die damals schon aus der Mode kommenden Dauerwellen zu legen.

Als die Gründergeneration des Heimes Mitte der 1970er Jahre in den Ruhestand ging, wurde das Heim durchprofessionalisiert. Die Zahl der Büros und des Verwaltungsaufwandes stieg, schon vor der Pflegeversicherung, dramatisch. Aus zwei wurden schließlich acht Büros. Nach und nach verschwand auch das Engagement der Heimbewohner. Das gemeinsame Kartoffelschälen etwa wurde aus gesundheitspolizeilichen Gründen untersagt. Außerdem wurden die Bewohner immer älter und hilfloser. Aus einem rüstigen Altenheim wurde ein Pflegeheim. Entsprechend wurde die Zahl der Schwestern erhöht usw. Das Heim wurde nach und nach zu einem gewissen Fremdkörper im Dorf. Immer weniger Dorffrauen arbeiteten dort. Ein Schwesternwohnheim wurde gebaut, in dem heute viele hinzugezogene Arbeitskräfte aus wirtschaftlich schwächeren Regionen leben, die am Dorfleben kaum Anteil nehmen.

Ich will Sie mit meiner Biografie nicht weiter behelligen. Weswegen ich davon sprechen wollte, lag in meiner Absicht begründet, heute sozusagen einmal vom Hundertsten ins Tausendste zu kommen, also vom Ich zum Wir, vom einzelnen Menschen zu den großen Agglomerationen, in denen er lebt, zu den Organisationen, zu den Städten. Ganz zum Schluss möchte ich auch noch ein paar Sätze zu Staat und Politik sagen. Das Einzelne und das Allgemeine hängen eng zusammen. Eine gute, nicht nur gut funktionierende Gesellschaft lebt doch entscheidend von vielen kleinen Begebenheiten und Begegnungen, die auch gelungenes Leben der einzelnen Menschen bestimmen. Sie ist, wie die Soziologen sagen, geprägt von der Qualität und Dichte von Mikrobegegnungen und Mikroereignissen. „Der Geist des „civitas“, schreibt Hermann Glaser, besteht vor allem darin, dass Interkultur möglich wird: inmitten konkret verbundener Menschen, die dicht beieinander wohnen, die Freude am anderen und an den anderen haben.“ Interkultur, das sind die Beziehungsnetze, die Menschen miteinander verbinden. Kultur hängt wortgeschichtlich schließlich zusammen mit wachsen und pflegen, mit anbauen und säen. Da sprießt nichts von alleine, da muss man sich einsetzen, selbst Hand anlegen. Und dafür braucht man auch geeignete Werkzeuge und eine Portion Geduld, denn Kulturen entstehen nicht wie Industrieprodukte vom Fließband.

Ich bin hier übrigens optimistisch. Heute mag das Bürgerschaftliche Engagement weniger gesellschaftspolitisch motiviert sein, weniger ideologisch geprägt, weniger als „soziale Bewegung“ erkennbar wie vor dreißig, vierzig Jahren. Es mag alles viel unspektakulärer, viel normaler und weniger provokativ daherkommen als damals, aber es ist auch viel breiter geworden. Hildegard Hamm-Brücher, die sich als Schülerin von Theodor Heuß ihr gesamtes politisches Leben für bürgerschaftliche Teilhabe stark gemacht hat, sagte einmal, dass man in den frühen 1960er Jahren noch händeringend nach Beispielen für Bürgerengagement

suchen musste. Heute sei die demokratische Einmischung aus der Bürgerschaft viel selbstverständlicher geworden.

Wir wissen aus vielen empirischen Befragungen, dass die Engagementbereitschaft der Menschen wächst. Die Zahlen belegen das, entgegen allen Klagen über die drohende Egogesellschaft und entgegen allen Erwartungen der puren Spaßgesellschaft. Etwa ein Drittel aller Bundesbürger sind bürgerschaftlich aktiv, in Sportvereinen, im Gesundheitswesen, bis hin zu Bürgerinitiativen, politischen Parteien und Wohlfahrtsverbänden. Viele, die sich noch nicht beteiligen, so sagen uns die Sozialwissenschaftler, gehören zur „schlafenden Ressource“, die geweckt werden könnte, wenn entsprechende Einsatzmöglichkeiten vorhanden wären. Natürlich geht es nicht nur abstrakt um Einsatzmöglichkeiten, sie müssen auch zu den Menschen passen. Sie müssen ihre Wünsche treffen, ihre Zeit berücksichtigen, ihre Kompetenz einbeziehen.

Soweit also alles in Butter? Ich glaube nicht ganz. Um diesen Einspruch zu begründen, möchte ich ihnen zunächst zwei Begriffe vorstellen und nach diesem Umweg auf mein Altenheimbeispiel zurückkommen. Der Psychologe Heiner Keupp, der sich schon lange Jahre mit den Entwicklungen des Bürgerschaftlichen Engagements beschäftigt, spricht von einem Zusammenspiel von biografischer Passung und objektiven Gelegenheitsstrukturen, das gegeben sein müsse, wenn Bürgerschaftliches Engagement dauerhaft gelingen soll. Dauerhaft gelingen – das heißt eben nicht nur guten Willens sein, sondern auch bei der Stange bleiben und nicht nur das: Es sind heute Gottseidank keine Durchhalteparolen mehr, die Menschen zum Engagement verpflichten. Es gehört die Freude am Tun, die Durchsichtigkeit und Sinnhaftigkeit des Getanen, der Stolz auf das Gestaltete dazu.

So meint der Begriff der biografischen Passung zunächst einmal, dass Menschen bestimmte Erfahrungen haben und auch bestimmte Kompetenzen besitzen, die sie vielleicht gerne einbringen möchten. Ein ehemaliger Ingenieur fühlt sich wohl unterfordert, wenn man ihn als ehrenamtlichen Aufseher im Museum einsetzt. Wenn er aber zum Beispiel in einem technischen Museum Kindern interessante Experimente vorführen kann, so ist ja nicht nur ihm gedient. Das Museum gewinnt, weil die Exponate zum Leben erweckt werden. Das Publikum kriegt einen viel spannenderen Einblick in die Materie. Und er selbst hat Spaß, weil er mit Menschen zu tun hat, denen er sein Know-How vermitteln kann. Das ist also der eine Aspekt biografischer Passung, aber es kommt mehr dazu. Man kann das an zwei kleinen Beispielen gut verdeutlichen, die ich aus der Praxis unseres Nürnberger Zentrums Aktiver Bürger entnehme, in der sich vor allem Menschen nach dem Beruf oder nach dem Auszug der Kinder engagieren. Eine Frau ist passionierte Gärtnerin, aber sie will partout nicht in

unserem Gartenprojekt arbeiten, sondern im Büro. Der einfache Grund. Sie hat zuhause schon einen großen Garten, da ist ihr Bedarf gedeckt. Ein pensionierter Lehrer macht gerne „etwas mit Kindern, aber bitte nicht mehr in der Schule“. Natürlich hätten beide beruflich oder aus ihrem leidenschaftlichen Hobby ein Erfahrungswissen, das sinnvoll in Bürgerschaftlichem Engagement angewandt werden könnte. Aber es passt biografisch nicht. Biografische Passung meint also das Zusammenspiel von Kompetenzen, Motiven und subjektiven Zeitbalancen. Für modernes Bürgerschaftliches Engagement wird es daher immer wichtiger, wie subjektive Zeitplanungen, Vorlieben und Fähigkeiten am besten zusammengehen. Am Beispiel des Lehrers ist das gelungen. Er arbeitet jetzt in der vorschulischen Bildung im Kindergarten, nicht in der Schule.

Auf der anderen Seite müssen objektive Gelegenheitsstrukturen bestehen, die diese subjektiven Vorbedingungen gut zur Geltung bringen können. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht immer willkommen, es kann zu Konflikten führen. Auch hier ein Beispiel. Wenn sich Menschen ehrenamtlich im Besuchsdienst eines Pflegeheims engagieren, dann haben sie, ob sie wollen oder nicht, eine potentielle Macht. Sie können sich zum Beispiel unter Umgehung der Hierarchie des Pflegepersonals an die Heimleitung wenden, wenn sie Missstände vermuten. Sie lösen manchmal Neidgefühle aus, weil sie sich mit den Heimbewohnern ausgiebig unterhalten können, während das von der Pflegeversicherung gebeutelte Personal nur zum Allernötigsten wie Bettenmachen, medizinische Versorgung oder Waschen kommt.

Und hier komme ich auf mein Beispiel mit dem Altenheim, sozusagen pars pro toto, zurück. Wir haben in den letzten dreißig Jahren in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine massive Professionalisierung mit oftmals einhergehender Bürokratisierung erlebt, die es für Menschen, die sich für ihre Mitmenschen einsetzen wollen, oft nicht einfach macht, die passende „Gelegenheitsstruktur“ zu finden.

Es mag vielleicht ein sehr krasses Beispiel sein, aber es beleuchtet das Dilemma, in dem wir da stecken: Eine mir bekannte Frau wollte gerne in einem großen Museum ehrenamtlich mitwirken. Das einzige was man sich da im Hause vorstellen konnte, war die Reinigung der Vitrinen, wohlgermerkt: von außen, denn mit den Exponaten sollte sozusagen jede „ehrenamtliche“ Berührung vermieden werden.

Gelegenheitsstrukturen für Menschen, die sich engagieren wollen, sind, so meine These, nicht gerade üppig vorhanden. Große Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände sind zu Sozialkonzernen geworden, die sich zwar ab und zu mit verdienten Ehrenamtlichen im

Vorstand schmücken, ansonsten aber eher wenig attraktive Tätigkeiten für Ehrenamtliche übrig haben. Das Sagen hat der Geschäftsführer. Auch im Sportbereich ist die Schere von Professionalität und Ehrenamt immer weiter auseinandergegangen. Wie viele Milliarden werden von den wenigen Vereinen der Fußballbundesliga umgesetzt? Ein Bruchteil dessen fließt in die Förderung des Breitensports. Milliarden steckt die öffentliche Hand in die Verbesserung der Infrastruktur der neuen WM-Stadien. Umgekehrt müssen immer mehr Bolzplätze in der Stadt Neubebauungen und sogenannten „Nachverdichtungen“ weichen.

Auch in den politischen Parteien, die regelmäßig über Mitgliederschwund klagen, öffnet sich die Schere von Professionalität und Ehrenamt immer weiter. In der Medialisierung der Politik wird professionelles Marketing wichtiger als das geduldige Überzeugen im Ortsverein oder am Stand in der Fußgängerzone. Entsprechend haben sich auch die Parteien verändert. Ich selbst habe mir im letzten Jahr als Besucher den Parteitag der SPD in Nürnberg angesehen. Da war alles vom Feinsten: Zig PCs mit Flachbildschirmen standen in der Informationszone, die Rednerpulte waren in mattiertem Glas gehalten, jeder Hintergrund, der von einer Fernsehkamera eingefangen werden konnte, war farblich genau abgestimmt und mit einer eingängigen Parole bedruckt. Im Eingangsbereich des Parteitages aber hatte man für Nürnberger Einrichtungen in einer dunklen Nische eine Informationsfläche freigehalten. Und da standen sie nun vor ihren ärmlichen Tapeziertischen mit den handgemalten Plakaten und den unscharfen Amateurfotos, die auf Stelltafeln angepinnt waren: Die Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt, des Bunds Naturschutz, der Falken, des Radvereins Solidarität...

Alois Glück, CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, hat sich wie wohl kein anderer Politiker mit dem Anliegen eine Aktiven Bürgergesellschaft auseinandersetzt. Er führt nicht nur beredt Klage über diese wachsende Kluft zwischen Politik und Gesellschaft, sondern sucht auch nach begehbaren Auswegen.

„Bei Kommunalwahlen in der jüngsten Vergangenheit,“ so schreibt Glück, „erlebten wir oft mit großer Überraschung, wie außerordentlich erfolgreiche und nach allgemeiner Überzeugung kompetente Bürgermeister und Oberbürgermeister, für die das Rennen scheinbar schon gelaufen schien, mit teilweise deutlichen Mehrheiten abgewählt wurden. Eine genauere Betrachtung der Ursachen für solche Wahlausgänge ist nicht nur lohnend, sondern zeigt auch vielfach verblüffende Gemeinsamkeiten. Sehr oft hatten diese Kommunalpolitiker im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern einen autoritären Führungsstil entwickelt, der den gewandelten Erwartungen an die Vermittlung von Kommunalpolitik heute nicht mehr gerecht wird.“ Diese aber liegen, so Glück, in einem deutlichen Einfordern von „Kommunikation, Information und Partizipation“ von Seiten der

Bürger. Dass sich Bürgerinnen und Bürger scheinbar immer weiter ins Private zurückzögen und schwindende Bereitschaft zeigten, Verantwortung zu übernehmen, liegt eben nicht an den Bürgern, sondern, um mit Keupp zu sprechen, an den mangelnden Gelegenheitsstrukturen, die Politik heute bietet.

Dies wirkt sich verheerend aus. Ein Staat, der nach Reformen drängen muss, kann nur dann auf seine Bürger zählen, wenn sie bei einem Mehr an Verantwortung auch ein Mehr an Gestaltungskraft und Mitsprache erhalten. Andernfalls sehen sie sich eher als Opfer politischer Diktate, die sie zu einer umfassenden Blockadehaltung gegenüber allen Veränderungen neigen lässt.

Wir sind also schließlich beim Staat angekommen. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir unsere Lebensqualität in Zukunft nur dann erhalten können, wenn die Selbstgestaltungskräfte der Gesellschaft eine größere Rolle spielen. Dazu brauchen sie nicht nur einen größeren Bewegungsspielraum, sondern auch die aktive Unterstützung durch den Staat. Heute spricht man zurecht davon, dass der Aktiven Bürgergesellschaft auch ein aktivierender, ermöglichender Staat gegenüberstehen müsse, ein Staat, der sich von seiner in Deutschland noch weitgehend vorhandenen obrigkeitsstaatlichen, aber auch umfassend fürsorglichen Tradition trennen müsse, ein Staat, der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement unterstützt und zum Mittun ermuntert. Das ist kein Nachwächterstaat, der tunlichst nicht eingreift. Für die Aktive Bürgergesellschaft brauchen wir Infrastrukturen wie Freiwilligenagenturen, wir brauchen vielfältige Gelegenheitsstrukturen, die wir erst schaffen müssen. Warum sollte man die Finanzierung eines Altenheimes nicht auch davon abhängig machen, dass es einen ehrenamtlichen Besuchsdienst gibt, der für die von Hummel sogenannte Öffnung des Altenheimes Sorge trägt. Warum sollte die Finanzierung der Kindergärten nicht davon abhängig gemacht werden, dass Eltern breite Mitspracherechte haben, die ja auch die Qualität des Kindergartens verbessern helfen? Man könnte sich vorstellen, dass staatliche Finanzierungsrichtlinien dazu beitragen, dass bürokratische Erstarrungen bei Vereinen und Verbänden wieder gelockert werden und somit ja auch die eigentlichen Wurzeln vieler dieser Verbände wieder gestärkt werden können. Ursprünglich kommen sie ja alle aus der Christlichen Laienbewegung, der Genossenschaftsbewegung, der Arbeiterbewegung und so weiter und so fort.

Ich komme zum Schluss:

Um zu einer umfassenden Realität einer Aktiven Bürgergesellschaft zu gelangen müssen wir also alle Ebenen unserer Lebensumstände neu durchbuchstabieren: Die biografischen

Bedingungen des Einzelnen, die Bedingungen seines Lebensumfeldes, der Stadt, in der er oder sie leben, der Organisationen, deren Leistungen er und sie beanspruchen und für die sie sich einsetzen. Schließlich der Gesellschaft und Politik, welche die Rahmenbedingungen setzen. Uns ist heute nicht mehr mit dem wohlmeinenden Verständnis der Experten geholfen, dass es doch schön sei, wenn wir uns um irgendetwas kümmern, um dann zu erfahren, dass unser Rat und unser Tun eigentlich nichts nützen, wenn es ernst wird, denn dann haben die Profis wieder das Sagen. Wir müssen uns umgekehrt eingestehen, dass die Antworten der Profis immer nichtssagender werden, wenn sie sich von den Erfahrungen der Menschen, ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Selbstmächtigkeit entfernen. In diesem Sinn sagt die Meinung von Menschen, die in einem Quartier leben, oft mehr als die des Architekten oder Stadtplaners, die den Ort nur von der Draufsicht auf dem Reißbrett kennen. Ideal freilich ist es, wenn beide Seiten zusammenkommen, sich austauschen und streiten und schließlich einen von allen getragenen Konsens finden: Erst daraus entsteht aufgeklärtes Engagement.

Ein afrikanisches Sprichwort lautet: „Viele kleine Leute, die in vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt ändern.“. Jede engagierte Einzelperson, jede Initiative im Stadtteil, jedes von Dorfbewohnern getragene ehrenamtliche Projekt verändert ein wenig das Gesicht unserer Welt. In diesem Sinne wünsche ich dem Bürgerverein Pfersee nicht nur das Durchhaltevermögen, sondern vor allem die gestalterische Lust für die nächsten zwanzig Jahre.

Vielen Dank.

Zeichen: 20504